

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Cindenseite 3
Telefon: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

5 Pfennig

Sonntags

9. Mai 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftst. 9-5 Ubr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Cindenseite 3
Telefon: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mit Waffen und Gummiknüppel.

Nationalistischer Empfang Hindenburgs.

Amlich wird gemeldet:
Verschiedene Vereine sollen die Absicht haben, zu der Spalierbildung am 11. Mai bei der Einfahrt des neugewählten Reichspräsidenten Waffen mitzubringen. Der stellvertretende Polizeipräsident hat mit Rücksicht auf die dadurch herausbeschworenen Gefahren für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit die Anweisung gegeben, daß Vereine oder Verbände, bei denen Mitglieder mit Waffen irgendwelcher Art offen oder versteckt sich einfänden, sofort von der Beteiligung ausgeschlossen werden müssen.

Das Verbot des Polizeipräsidenten ist selbstverständlich. Daß es überhaupt notwendig ist, beleuchtet grell die Situation. Die Vorbereitungen der sogenannten Vaterländischen Verbände zum Empfang Hindenburgs tragen durchaus militärischen Charakter, nach Art der faschistischen Demonstration in Italien. Damit wird dem Amtsantritt Hindenburgs, der in jeder seiner Kundgebungen betont, ein Friedenspräsident zu sein, ein äußerst Geprägte versehen, das zu den Richtlinien des neuen Präsidenten in absolutem Gegensatz steht.

Begrüßung mit — Gummiknüppel!

„Vaterländische“ beim Hindenburg-Empfang.

Die „Voss. Zeitung“ ist in der Lage, das folgende interessante Schriftstück zu veröffentlichen:

Abt. Hallesches Tor. Versammlung: Donnerstag, den 14. Mai, ab 8 Uhr, bei Rolle, Belle-Alliance-Platz 7/8. Vorschlag zur Wahl des gesamten Vorstandes. Versicherung und Bekanntgabe der Beschlüsse des V. S.

Einholung Hindenburgs

am Montag, dem 11. Mai. Die Mitglieder des „V. S.“ sammeln sich nachmittags 4 Uhr am Bahnhof Charlottenburg gegenüber dem Ausgang Kaiser-Friedrich-Strasse.

Abzeichen offen tragen. Kleidung: Kein Zylinder, „V. S.“-Hut, sonst Hut und Mantel möglichst dunkel. Keine Stöcke mitbringen, sondern

Gummiknüppel einstecken.

Bezirkweise sammeln und Mitglieder zusammenhalten. Strengste Disziplin halten; auf dem Marsch und im Spalier nicht rauchen. Im Zuge dürfen nur Mitglieder gehen. Es ist selbstverständlich Ehrenpflicht jedes Mitgliedes, zu erscheinen, um so mehr, als Betriebe und Bureaus am Nachmittag geschlossen sein dürften. Nachzügler sammeln sich bis 4 Uhr 45 an gleicher Stelle. Alsdann Durchkommen nicht mehr möglich. Strafen gesperrt.

Ich bitte alles aufzugeben, damit der „V. S.“ stark vertreten ist. Mit treudeutschem Gruß K. o. k.

Daß der neue Reichspräsident von Thälmanns Gnaden ausgerechnet mit einem Wald von Gummiknüppeln begrüßt werden soll, ist ein Bild der Weltgeschichte, besonders da es „gut vaterländische“ Gummiknüppel sind, die da geschwungen werden sollen.

„V. S.“ klingt übrigens ein bißchen abenteuerlich. Die „Voss. Ztg.“ vermutet, daß hinter diesem Buchstabenrätsel der

seinerzeit aufgelöste „Berliner Selbstschutz“, die frühere Einwohnerwehr stecken. Da aber das Blatt der Klasse die Liste der — doch wohl sämtlich gummiknüppelbewehrten — Begrüßungsvereine schon veröffentlicht hat, kann man ohne Scharfsinn feststellen, daß es sich um die Firma „Bezirks-schutz“ handelt.

Alles muß seine Ordnung haben! Da die schöne Sitte der kleinstädtischen Schützengilden in Berlin nicht mehr recht heimisch werden will und da mit verrosteten Vorderladergewehren kein Staat mehr gemacht werden kann, so muß der Gummiknüppel herhalten, falls plötzlich das Kommando ertönen sollte: „Präsentiert das — Gewehr!“

Dies Vergnügen . . .!

Farbe und Lack.

Begleitmusik zur Wahl Hindenburgs.

Das Zentralblatt der deutschen Farben- und Lackindustrie „Farbe und Lack“ veröffentlicht zur Wahl Hindenburgs einen Artikel, dem es das Motto voransetzt „Nachdruck verboten“. Dieser Scheu vor der breiteren Öffentlichkeit liegt eine ganz falsche Bescheidenheit zugrunde. Der Artikel verdient durch Maueranschlag verbreitet zu werden. Er ist ein Dokument für die Bestimmung derer, die noch am lautesten nach der „Reinigung“ des öffentlichen Lebens schreien und dabei selbst nur — sagen wir einmal mit Lack und Farbe umzugehen verstehen.

Der Artikel beginnt: „Wenn ein Volk nach sieben Jahren des Leidens, der inneren Zerrissenheit und unter der sich im Schutze einer sozialistisch versuchten Regierung immer wieder hervorwagenden Rasseneträger endlich aufwacht, um durch die zu lange türkisch verhinderte Wahl seines Reichspräsidenten den wahren Kern seiner Volksseelenverfassung zeigt, so bedeutet das eine Wende.“ Die Sozialdemokratische Partei ist seit anderthalb Jahren nicht mehr in der Reichsregierung vertreten. Seit Monaten wird das Reich von einer Rechtsregierung regiert. Auf sie fällt also der Vorwurf, sie sei sozialistisch verfeucht und sie begünstige Massenbetrügerei. Hugo Stinnes war es, der sich seinerzeit am energischsten gegen die Wahl des Reichspräsidenten gemandt hat. Ihm wird vom Zentralblatt der Farbenindustriellen der Vorwurf der Lüge gemacht. Eine nette Leistung für ein Industriellenorgan!

Nach diesen Leistungen steht es nicht mehr im Erstaunen, wenn die „Träger der neuen Staatseinrichtung“ Schmiergeldschonkner, Schieberminister und Volksschlichter der Regierung genannt werden. Damit ist das Schimpfregister des Blattes aber keineswegs erschöpft. Es spricht von einer Regierung, an deren Krippe Budiker sitzen, von einem Geschmeiß der Stellenjäger, Kriegsgesellschaftsfunktionäre, Postenlungerer, Heeresmaterialschieber, von Halunken, bösen Politikern, roten Landräten, Polizeigeheulosempfängern, Gewerkschaftsschieberrn, Banditenhelfer usw.

Das ist die Tonart und das geistige Niveau der Leute, die Hindenburg gewählt haben und die nach Reinigung des öffentlichen Lebens und Ordnung im Innern rufen. Farbe und Lack — schmierig!

übergehenden Triumph feiert, und daß früher oder später wieder eine Beruhigung eintreten wird. Es ist aber an den deutschen Demokraten, ihre Pflicht zu erfüllen, das heißt, sich nicht nur mit Reden und Artikel zu begnügen, sondern Taten vorzubereiten. Schon seit Monaten stehen wir einer deutschen Nation gegenüber, die unsere Absichten zu ignorieren oder zu vergessen scheint. Es ist an der Zeit, daß diese Nation versteht, daß der politische Umschwung in Frankreich auch für Deutschland eine Verantwortung geschaffen hat, und daß, wenn Deutschland dieser Verantwortung ausweicht, es gegen seine eigenen Interessen arbeitet.

Schwierige Lage in Marokko.

Paris, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das seit einigen Tagen umlaufende Gerücht, das französische Oberkommando in Marokko habe die Absicht, bei der Verfolgung der Truppen Abd el Kerims die Grenze des spanischen Gebietes zu überschreiten, nimmt greifbare Gestalt an. Die diplomatischen Schwierigkeiten, die aus dieser Absicht erwachsen können, werden am Freitagabend eingehend von der „Information“ erörtert. Das Blatt schreibt: „Die Niederlage der Spanier verändert vollkommen die durch die internationalen Verträge geschaffene Lage in Marokko und macht es zur dauernden Sicherung der französischen Grenze notwendig, die französische Gegenoffensive gegen Abd el Kerim in das spanische Gebiet vorzutragen. Ob Spanien bereit ist, gemeinsam mit Frankreich den Krieg gegen die Rifleute zu führen, geht aus der Rede, die der spanische Diktator Primo de Rivera vor einigen Tagen in Sevilla gehalten hat, nicht hervor. Es ist Zeit, daß die französische Regierung sich erklärt, welche Haltung sie in dieser Frage einzunehmen gedenkt.“

Zwischenlösung in Belgien.

Brüssel, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Vonderoelde ist am Freitagabend zur Sitzung des Exekutivkomitees der Arbeiter-Internationale nach Paris gereist. Das deutet nach Lage der Dinge darauf hin, daß eine Einigung zwischen Sozialisten und christlichen Demokraten noch nicht erzielt werden konnte. Der Ausweg aus der Sackgasse der Regierungskrise dürfte nunmehr in der Ernennung eines kurzlebigen Übergangskabinetts mit überwiegend katholischer Beteiligung gesucht werden.

Nach der Preußenschlacht.

Die Deutschnationalen für neue Krisen. — Die Volkspartei für „Volksgemeinschaft“.

„Es ist kein Zweifel: die Opposition hat gestern die Schlacht verloren“, schreibt die „Deutsche Tageszeitung“. „Eine Zufallsmehrheit für die Regierung Braun“, sagt befäufigend die „Rationalpost“. Im übrigen ist die ganze deutschnationale Presse sich darin einig, daß weiter Kriese gespielt werden soll.

„Das Kabinett kann nicht ein Gesetz gegen die Opposition durchbringen.“ „Das Kabinett kann gegen die Opposition nicht einmal den Haushaltsplan verabschieden“, so hallt es aus den deutschnationalen Spalten wieder. Man richtet sich also auf einen Oppositionskampf ein, der nicht mehr sachlich bleibt, sondern mit allen Mitteln, auch mit denen der Obstruktion, auf den Sturz der Regierung hinarbeitet. Keinen Augenblick wird daran gedacht, daß die Parteien, die jetzt in Preußen die Regierung bilden, im Reich Gegenseitigkeit üben und, ohne die Anstrengung, deren sich die preußische Rechtsopposition befeißigt, die Regierung Luther-Schiele-Schlieben-Reuhaus einfach umblasen kann.

Nicht ganz so bedenklich, nicht ganz so draußengerisch ist die Volkspartei. Der Ton, den die „Zeit“ anschlägt, ist ein ganz anderer. Die Deutschnationalen sind sehr stolz darauf, daß sie gestern geschlossen gestimmt haben, und sie bemerken die Lücken in den Reihen der Volkspartei mißfällig. Ueber diese Lücken und die ganze Situation, die sich aus der gestrigen Abstimmung ergibt, schreibt die „Zeit“:

Die fehlenden Abgeordneten der Deutschen Volkspartei waren der Abg. Deijen, der wegen einer Familienangelegenheit entschuldigt fehlte, sowie die Abg. Becker-Magdeburg, von Egnern, Dr. Kriege und Schmidt-Düsseldorf. Das Fehlen dieser Abgeordneten hängt mit der gestern gegebenen politischen Situation zusammen. Die Bildung eines Kabinetts der Volksgemeinschaft war nach den gestern geführten Verhandlungen bereits sehr weit gediehen. Es war bekannt, daß das Zentrum sich für eine solche Lösung einzusetzen bereit war, so daß Aussicht zu bestehen schien, diese Lösung trotz der gestern noch vorhandenen Schwierigkeiten und Gegensätze schließlich doch noch zu erreichen. Unter diesen Umständen glaubten sich die vier Abgeordneten der Deutschen Volkspartei zur Stimmhaltung für verpflichtet. Es bedarf keiner Betonung, daß es sich dabei nur um eine taktische Haltung handelt und daß die Fraktion vollkommen geschlossen auf ihrer bisherigen Haltung besteht, wonach eine Rückkehr zur Großen Koalition unmöglich ist und eine Regierungsbildung mit Einschluß der Deutschnationalen angestrebt werden muß. Die Politik der Fraktion geht nach der gestrigen Abstimmung darauf hinaus, das Kabinett der Großen Volksgemeinschaft doch noch zustande zu bringen. Es wird von der Haltung der anderen in Betracht kommenden Fraktionen abhängen, ob sich mit Hilfe einer solchen Lösung der preussischen Regierungskrise ein Ende bereiten läßt.

Was die Möglichkeit der sogenannten „Volksgemeinschaft“ angeht, so gibt sich die Volkspartei einem ganz unbegründeten Optimismus hin. Die Sozialdemokratie ist überhaupt noch nicht gefragt worden, wie sie zu diesem seltsamen Plan steht, die deutschnationale Fraktion aber hat ihn, wie die „Kreuzzeitung“ berichtet, nach ganz kurzer Beratung bei voller Befassung einstimmig abgelehnt. Die deutschnationale Presse erklärt mit dankenswerter Offenheit, daß ein Zusammenarbeiten mit Sozialdemokraten für ihre Partei grundsätzlich nicht in Frage kommt. Es bedarf wohl keiner besonderen Hervorhebung, daß sich die Sozialdemokratie von der deutschnationalen Partei in bezug auf Grundsatzfestigkeit nicht übertreffen läßt, und daß sie ein Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen zum mindesten mit derselben Entschiedenheit ablehnt, mit der das auch von der anderen Seite her geschieht.

Gegenüber den völksparteilich-völksgemeinschaftlichen Veröhnungschalmeien bestehen die Deutschnationalen auf weiterem Kampf. „Solange nicht die sozialdemokratische Machtstellung in Preußen gebrochen ist, sind alle Einigungsversuche von vornherein zum Scheitern verurteilt“, sagt der „Tag“. Das ist eine klare und deutliche Formel.

Die Frage ist jetzt, ob die Deutsche Volkspartei bereit sein wird, den Weg zum Konflikt und zur Auflösung mit den Deutschnationalen gemeinsam zu beschreiten. Darüber scheint im deutschnationalen Lager einige Besorgnis zu herrschen. Schreibt doch beispielsweise die „Kreuzzeitung“:

Daß bei der geringen Mehrheit der Opposition der Sturz des Kabinetts einmal vermieden wird, ist an sich nichts Auffallendes; ein anderes Mal wird es um so sicherer fallen. Ganz anders liegt aber die Sache, wenn die Deutsche Volkspartei absichtlich den Sturz des Kabinetts verhindern wollte. Daß die Deutsche Volkspartei gleich dem Zentrum Neuwahlen nicht wünscht, haben die Fraktionsverhandlungen des gestrigen Tages gezeigt. Diese Parteien haben sich gestern auffallend genähert.

Die Volkspartei hat allerdings allen Grund, eine Auflösung zu vermeiden. Denn wenn sie ihre bisherige Haltung fortsetzen und es damit zur Auflösung treiben wollte, so würde sie es sehr schwer haben, den Wählern begreiflich zu machen, daß sie neben der deutschnationalen Partei noch ein eigenes Existenzrecht hat. Nichts wissen, heißt eben heute, deutschnational wählen — die Volkspartei könnte sehen, wo sie dabei bleibe.

Wichtige Beratungen in Paris.

Sitzung des französischen Ministerrates.

Paris, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Dem französischen Ministerrat, der heute zusammentritt, wird in politischen Kreisen besondere Bedeutung zugemessen. Auf seiner Tagesordnung stehen nicht nur die Fragen der Räumung von Köln und die Beratung der französischen Antwort auf das deutsche Garantieangebot, sondern auch das Problem der Finanzreform und die marokkanische Frage. Briand wird dem Ministerrat die Vorschläge zur Kenntnis bringen, die die englische Regierung in der Vorschafferkonferenz für die Räumung von Köln einzubringen beabsichtigt, und der Ministerrat wird die Anweisungen für den Vertreter Frankreichs in der Vorschafferkonferenz festzulegen haben. Weiterhin wird Briand den Entwurf seiner Antwort auf das deutsche Garantieangebot zur Erörterung stellen. Wie der „Matin“ wissen will, soll dieser Entwurf der Idee eines Garantiepakts keineswegs ungünstig gegenüberstehen, vorausgesetzt, daß dieser sich im Rahmen des Versailler Vertrages halte, daß er die Abmachungen, die Frankreich seit dem Kriege mit seinen Verbündeten beschlossen hat, in keiner Weise beeinträchtigt und daß er in die Kategorie der bereits in Genf vorgesehenen Sicherheitsverträge falle, die dazu bestimmt sind, mehrere Mitglieder des Bundes zur Sicherung des Friedens für ein bestimmtes Gebiet zu vereinen. Die französische Antwort betont ferner, daß, falls die Verhandlungen zu einer Einigung führen, der Vertrag erst in Kraft treten kann, wenn Deutschland dem Völkerbund als Mitglied angehört.

Französische Warnung an Deutschland.

Paris, 9. Mai. (E.P.) Die „Ere Nouvelle“ veröffentlicht heute einen längeren Artikel, in dem sie unter anderem erklärt: Deutschland wird sich diesmal nicht über unsere Strenge zu beklagen haben. Es hat selber dazu beigetragen, uns in unserer Reserve zu bestärken, und unser Mißtrauen zu erwecken. Die Wahl Hindenburgs, das Wiedererwachen des Nationalismus, die geheime Waffen- und Munitionsfabrikation, alles das sind Tatsachen, die auch für wenig voreingenommene Beurteiler sehr ernst anzusehen sind. Wir glauben gleichwohl nicht, daß man an Deutschland verzweifeln müsse. Wir sind der Ansicht, daß die Reaktion in Deutschland nur einen vor-

In ihrer Verlegenheit hat nun die Volkspartei das Spiel mit der „Volksgemeinschaft“ wieder aufgenommen. Wie stellt man sich diese „Volksgemeinschaft“ vor?

Deutschnationale und Sozialdemokraten sind doch darin einig, daß sie nichts miteinander zu tun haben wollen, und der Versuch, sie um jeden Preis zusammenzubringen, gewinnt unter diesen Umständen mehr die Gestalt eines unauf- richtigen taktischen Manövers als den eines ehr- lichen gemeinten Plans. So kommt denn auch das Zentrum- organ, die „Germania“, trotz ihrer theoretischen Zu- neigung zur Volksgemeinschaft zu folgendem praktischen Er- gebnis:

Das Zentrum hat es an gutem Willen, die Regierungsbasis zu verbreitern, wahrlich nicht fehlen lassen. Sein Ideal der Volks- gemeinschaft konnte deshalb nicht erreicht werden, weil zwar auch die Deutschnationalen theoretisch diesen Gedanken vertreten, ihm aber praktisch eine Gestalt geben wollen, die in Wirklichkeit das Gegenteil einer Volksgemeinschaft ist. Den zahl- reichen Vorschlägen, die während der Verhandlungen aufgetaucht sind, blieb der Erfolg versagt. Weder das Beamtenkabinett noch die überparteiliche Regierung ist zustande gekommen. Und es besteht wenig Aussicht, daß neue Verhandlungen nach dieser Richtung Erfolg haben werden. Die Rechte betrachtet doch nur alle diese Versuche als einen Weg hinten herum, um endlich zu ihrem Ziel, der einseitigen Rechtsregierung in Preußen, zu kommen. Dazu kann und wird das Zentrum nicht die Hand bieten. Von weiteren Verhandlungen auf dieser Basis versprechen wir uns daher wenig.

Und sie fährt fort:

In Preußen ist ein Anjaß für eine friedliche Entwicklung ge- funden worden. Es liegt bei den Oppositionsparteien, ob diese friedliche Entwicklung weitere Fortschritte machen wird. Man wird ja bald sehen, wie weit die Reigung, zu dieser fried- lichen Entwicklung beizutragen, bei den Oppositionsparteien geht. Tragen auch weiter die rein parteitaktischen Ge- sichtspunkte den Sieg über staatspolitische Notwendigkeiten davon und stellt sich heraus, daß das Kabinett Braun weiter mit dem bisherigen Mittel der Opposition bekämpft wird, dann wird schließlich doch nicht zu verhindern sein, was gestern noch vermieden werden konnte, der Appell an das Volk.

Das scheint auch uns ein klarer und vernünf- tiger Standpunkt. Hebrigens versichern deutschnationale Blätter, wie die „Deutsche Zeitung“, daß ihnen gar nichts lieber sein könnte als die Auflösung, und die Kommunisten können bekanntlich erst recht neue Wahlen vor freudiger Un- geduld schon gar nicht mehr erwarten.

Daß wir Sozialdemokraten unseren Freunden von rechts und links gern diese Freude bereitet hätten, ist kein Geheim- nis. Es liegt nicht an uns, daß es gestern noch nicht dazu gekommen ist. Aber wenn es gelingt, in die Reihen der Volkspartei wieder deutschnationale Disziplin zu bringen und wenn auch die Kommunisten ihre Leute sämtlich beisammen halten, dann wird ja die Gelegenheit nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Gestern ist im Preussischen Landtag ein ungeheurer Schwindel zusammengebrochen. Gestern hat sich gezeigt, daß die Parteien, die die preussische Regierung bilden, regie- ren können, wenn sie nur regieren wollen. Sie haben die Mehrheit im Landtag, das hat die gestrige Abstim- mung bewiesen und sie haben auch die Mehrheit im Lande, das werden die nächsten Wahlen beweisen.

So ist dem deutschnationalen Uebermut, der sich besonders seit der Hindenburg-Wahl förmlich überlagert, ein Dämpfer aufgelehrt. Am 26. April: „Welche Wendung durch Gottes Fügung.“ Am 8. Mai: „Die Opposition hat die Schlacht verloren!“ Die Toten reiten schnell!

Der Arbeitsplan des Landtags.

Der Kabinettsrat des Preussischen Landtages beschloß, bis Donnerstag nächster Woche Plenarsitzungen abzuhalten. Es sollen keine Vorlagen erledigt werden. U. a. soll auch die Aufhebung des Grundstücksverpachtungsgesetzes zur Beratung kommen. Weiter soll der Haushalt in erster Beratung erledigt und an den Ausschuss ver-

wiesen werden. Vorausschicklich wird der Etat am Montag oder Dienstag vom Finanzminister Dr. Höpker-Wischhoff eingebracht werden. Es soll sich dann eine große politische Aus- sprache anschließen, die mehrere Tage umfassen wird.

Die Abstimmung in Preußen.

222 für, 214 gegen die Regierung.

Die amtliche Nachprüfung des Ergebnisses der Abstimmung über den deutschnationalen Mißtrauensantrag zeigt eine kleine Abweichung von den Zahlen, die durch die Schriftführer zunächst festgestellt wurden. Es haben tatsächlich nur 436 (nicht 435) Abgeordnete gestimmt, und zwar

für das Mißtrauen . . . 214
dagegen 222

Die Vertrauensmehrheit setzt sich zusammen aus den 113 an- wiesenden Sozialdemokraten, sämtlichen 27 Demokraten und 79 Zentrumsabgeordneten. Außerdem hat auch der fraktionslose Kommunist Hendemann gegen den Mißtrauens- antrag gestimmt. Die Front der Regierungsfürzer erstreckt sich wie bisher von den Kommunisten über Wirtschaftspartei und Volkspartei bis zu den Deutschnational-Völkischen. Im einzelnen wurden gezählt:

für	den Mißtrauensantrag	gegen	
109	Deutschnationale	118	Sozialdemokraten
39	Volksparteiler	79	Zentrum
14	Wirtschaftliche Vereinigung	27	Demokraten
11	Völkische	2	Polen
41	Kommunisten	1	Fraktionsloser
214		222	

Befehle haben vom Rechtsblock, wie gleichfalls bereits mit- geteilt wurde, sechs Volksparteiler, drei Wirtschaftsparteiler und zwei Kommunisten; von der Regierungskoalition zwei Zentrumsleute und ein erkrankter Sozialdemokrat.

Rechtspartei oder Mittelpartei?

Auseinandersetzungen in der Bayerischen Volkspartei.

München, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Wahlkampf um den Reichspräsidenten spielte in Bayern die Frage eine große Rolle, ob die Bayerische Volkspartei eine Mittelpartei oder eine Rechtspartei sei, zu der sie von gewissen, sich stark in den Vorder- grund drängenden Führern in München unter allen Umständen ab- gestempelt werden sollte. „Der Arbeiter“, das offizielle Organ der katholischen Arbeitervereine in Bayern, veröffentlicht nunmehr über diese Frage folgende Zuschrift des langjährigen Landtagsab- geordneten der Bayerischen Volkspartei und Führers der katholi- schen Arbeitervereine, Konstantin Walterburg. Er schreibt:

„Mit wachsender Besorgnis betrachten seit geraumer Zeit weite Kreise des katholischen Bayern die starke und einseitige Rechtsorien- tierung der Bayerischen Volkspartei. Bei der letzten Reichsprä- sidentenwahl hat diese Rechtspolitik wohl ihren Höhepunkt erreicht. Es hat sich gezeigt, daß auf dem beschrittenen Wege die Geschlossen- heit der Partei nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Nun ist offenbar auch in den maßgebenden Kreisen der Partei diese Gefahr noch rechtzeitig erkannt worden. Wir freuen uns aufrichtig darüber, daß jetzt auch von den führenden Vätern der Partei der wahre Charakter der Bayerischen Volkspartei als einer Mittel- partei mit aller Deutlichkeit in den Vordergrund gestellt wird. Das schafft Vertrauen und stärkt die Partei. Als ausgesprochene Rechtspartei wäre die Bayerische Volkspartei in Bayern überflüssig. Das Wort „Volkspartei“ hat doch nur seinen Sinn und Berechti- gung, wenn die Bayerische Volkspartei in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ihr Aufgaben- und Tätigkeitsgebiet in die Mitte verlegt. Das waren auch die leitenden Grundzüge bei der Grün- dung der Partei. Davon kann sie auch heute nicht abweichen, schon aus dem reinen Selbsterhaltungstrieb. Wie liegen die Verhältnisse kulturpolitisch? Sagen wir es einmal frei heraus: Nach unserer Ansicht kann die Bayerische Volkspartei nichts verlieren, aber viel gewinnen, wenn die katholischen Belange wieder mehr in den Vordergrund gestellt werden. Darin erblicken wir die sicherste Gewähr dafür, daß die Partei nicht zu sehr nach rechts, aber auch nicht zu weit nach links rückt. Die Bayerische Volkspartei ist eine Mittelpartei und muß es bleiben.“

Dazwischen schiebt sich nun die Sonderchau der Münchener Sezession, zwei Säle als eingeladene Gäste füllend. Der Ton ist ein anderer, süddeutsch heiterer, das Bestreben um malerischen Ausgleich aber ein ähnliches. Ihr Niveau bezeichnen etwa die gut gemalten Bildchen von Großmann, die biblischen Legenden R. Casparis, die Spielzeugtüllchen von Pätner. Zu markanter Qualität erheben sich Julius Hef und Maria Caspar- Filser (mit krautvollen, breit und sicher gebauten Landschaften); unter das Niveau fallen die süßlichen Alpen-Gstanzln von Leu Hef, auch Kabarett-Weis' aufgemacht, und leider auch die zehn Gobelinen- entwürfe von Th. Th. Heine, deren steife Werturteile schon an die Kunstgewerblichkeit von Zigartenpadungen erinnert. Max Ullrich scheint demgegenüber der einzige, der ehrlich Anschluß an die Gegen- wart sucht; seine Form wird konstruktiv bestimmt, seine Farbe tonig knapp.

Nicht sehr günstig präsentiert sich dagegen die Jugend von 1910, die man einst Expressionisten nannte. E. V. Kirchner, dem eine ganze Wand eingeräumt ist, wirkt oberflächlich dekorativ und bei- nahe roh; seine heutige Produktion zehrt von der glücklichen Epoche um 1913. Kokoscha gibt nur eine Kostprobe seiner Starkfarbig- keit; Beckstein bleibt der Akademiker der ganzen Richtung. Rauens Landschaften betreiben durch ihre Kulissenhaftigkeit, Waske und Domschell versuchen mit einigem Glück Anschluß an Schmidt-Rottluff zu bekommen. Nur Karl Hoyer bleibt sich treu und schreitet konsequent fort auf dem Wege zur Vereinfachung der Farbe und zur Monumentalisierung; seine Bilder gehören zum Stärksten, zum bleibenden Eindruck dieses Jahres.

Die veristische Schule (wenn man so sagen darf), die Maler der festen plastischen Form, sind tüchtig, aber ohne Meister- werke vertreten; Schrimpf, Menze, Wih. Schmidt, E. Feilisch, Sebba stechen durch die ruhige Bestimmtheit ihrer Form hervor. Es ist etwas Schulmäßiges und beinahe Schematisches da- bei, das freilich sehr sympathisch berührt. So etwa wünschen wir heute die Welt zu sehen: objektiv, ohne seelischen Kampf, feststellend und mit der notwendigen Rückhaltung der Form.

Nur zwei Bilder, zwei Meisternamen geben Kunde von den un- geheuren Möglichkeiten dieser neuen Gestaltung: das schauerliche „Liesbespaar“ von Otto Dix und der phantastisch-puthoiste „Ab- schied von Düsseldorf“ des begabten Bert Hollheim. Es sind die interessantesten Bilder der Ausstellung; es werden die umstrittensten sein. Und zweifellos die, welche allein von der ganzen Schau als Repräsentanten unserer Zeit übrig bleiben werden.

Ueber die mühte man allerdings allein einen Aufsatz schreiben, um ihre Bedeutung zu erheben.

Die Skulptur, in über hundert Nummern oft recht großen Umfangs vertreten, tritt so weit hinter der Malerei zurück, daß man sie füglich entbehren könnte. Zu erwähnen sind: die schönen Tiere Scheibes, Abbo, Albitzer, Willi Steger, eine Kuh von G. Marks und die schreitenden Frauen von E. de Fiori.

Dr. Paul F. Schmidt.

Urania-Vorträge. Mont., Diens., Donnerst., Freit., Sonnab. (5 Uhr): „Dressurkomödie mit Tieren und Menschen“. Mittw. (7 u. 9), Mittw. (6): „Zum Gipfel der Welt“. Mittw. (8): „Goethe und die Liebe — Goethe und die Frauen“. Donnerst. (7 u. 9), Sonnab. (5, 7, 9): „Wunder des Meeres“.

Das Petitionsrecht der Reichsbahnbeamten.

Protest gegen das verfassungswidrige Verhalten der Reichsbahngesellschaft.

Der Reichstagsausschuss zur Ueberwachung der Durchführung der Personalabbaueordnung hat folgende, von allen Parteien unterzeichnete Entschliessung einstimmig angenommen:

Der Ausschuss zur Ueberwachung der Durchführung der Per- sonalabbaueordnung stellt fest, daß der Herr Reichsverkehrs- minister sich infolge der Weigerung der Reichsbahn- gesellschaft, über die als Reichsbahnbeamte abgebauten Be- amten der Reichsbahnverwaltung Auskunft zu geben, außerstande sieht, die entsprechenden Petitionen dieser Reichsbahnbeamten in der gewohnten Weise zu behandeln.

Der Ausschuss ist deshalb nicht in der Lage, zu den Petitionen Stellung zu nehmen, und stellt weiter fest, daß das verfassungs- mäßige Petitionsrecht der Reichsbahnbeamten vollstän- dig unterbunden ist. Der Ausschuss legt gegen das Verhalten der Reichsbahngesellschaft Verwahrung ein und erlucht den Reichstag, die zur Wiederherstellung der verfassungsmä- ßigen Rechte der Reichsbahnbeamten notwendigen Schritte zu beschließen.

Politischer Mord im Theater.

Bulgaren und Mazedonier.

Wien, 9. Mai. (TU.) Bei der gestrigen Peer Ghat-Auf- führung im Burgtheater ereignete sich ein aufsehender Vorfall. In einer Loge saß die Mazedonierin Karilina in Gesellschaft dreier Mazedonier, darunter eines gewissen Arnautovic. Sie führten während der Vorstellung ein politisches Gespräch, das oft so laut wurde, daß die Nachbarn zur Ruhe mahnen mußten. Während des dritten Aktes ertönten plötzlich kurz hintereinander drei Schüsse. In der Loge fand man Arnautovic tot vor, während zwei andere Logenbesucher Ver- letzungen erlitten hatten. Frau Karilina wurde verhaftet und auf die Polizei gebracht. Sie gibt an, daß der von ihr er- schossene Mazedonier ein Polizeispion gewesen sei, der einige ihr nahestehende Personen an das mazedonische Komitee verraten hätte. Im Theater herrschte begreiflicherweise große Auf- regung. Erst nach einer halben Stunde konnte die Vorstellung fort- gesetzt werden.

Wien, 9. Mai. (WB.) Das gestrige Attentat im Burg- theater ruft hier große Aufregung hervor. Die Blätter fordern gründliche Untersuchung des Vorfalls, besonders auch bezüglich etwaiger politischer Beziehungen der dabei beteiligten Personen, und betonen, daß gerade Oesterreich wegen der immer wiederkehrenden Behaup- tung, ein Zentrum der Balkanagitation zu sein, ein Interesse an der reiflichen Aufklärung habe.

Ueber das gestrige Attentat berichten die Blätter noch folgende Einzelheiten: In der zweiten Loge des dritten Ranges im Burgtheater waren während des ersten Teils der gestrigen Vorstellung vier Personen anwesend, zwei Damen und zwei Herren, anscheinend Bulgaren, die zunächst ruhig die Vorgänge auf der Bühne verfolgten. Während des fünften Aktes zog eine inzwischen hinzugekommene Dame plötzlich einen Revolver und feuerte gegen die beiden Herren. Der eine erhielt einen tödlichen Kopfschuß, der zweite einen Schuß in die Schulter, einen ins Gesicht und einen in den Arm und brach schwer verletzt zusammen; der Tote ist der 46-jährige Kaufmann Dimitri Arnau- tovic, der Verletzte ein Student Bogdanovitch. Die Täterin hatte nach ihren Angaben von vornherein die Absicht, gegen Arnautovic ein Attentat zu verüben. Die Frage, warum sie dieses Attentat gerade während der Vorstellung verübt habe, beantwortete sie dahin, daß ihr Gegner stets gut bemerkt sei, und daß sie fürchten mußte, von ihm erschossen zu werden, wenn sie ihn auf der Straße oder sonstwo überfallen hätte. Sämtliche Personen des blutigen Drams stammen aus Kriewo in Mazedonien.

Die Stadt der Paulskirche. Die Stadterordnetenversammlung von Frankfurt a. M. hat einen Antrag der Sozialdemokraten und des Zentrums auf Umbenennung aller monarchisti- schen Straßennamen mit 30 gegen 30 Stimmen durch Stim- menteilung des Vorsitzenden angenommen. Die Demokraten hatten gegen diesen Antrag gestimmt. Mit großer Mehrheit wurde ein Antrag angenommen, die Verlängerung der Bismarckallee Friedrich-Ebert-Straße zu nennen.

Die Akademie-Ausstellung.

Die Frühjahrsausstellung der Akademie ist heute mittag feierlich eröffnet worden.

Es ist schon anerkannte Tradition, daß hier die besten Gesam- tausstellungen in Berlin gemacht werden; mindestens die vornehmsten; mit Niveau. Diese hier bildet keine Ausnahme. Man erlebt keine übermäßigen Ueberraschungen, aber der Eindruck ist durchweg wohl- tuend. Verühigte Reife dominiert, aber die Jugend ist zugelassen und stellt sich ansehnlich dar. Ein gemeinsames Band verbindet sie alle: nicht anzutroffen und anständiges Material zu bieten.

Den sicheren Pol bildet eine sehr gut ausgewählte Sonderschau von Hans Thoma, 24 Bilder fast nur aus Museumsbesitz, und zwar solche, die 1922 nicht bei der großen Thoma-Ausstellung ver- treten waren. Vielleicht gewinnt man hier den besten, den ein- nehmendsten Eindruck von der wahrhaft noblen Kunst des Meisters. Dies ist zugleich der bedeutende Maler der Welt-Zeit und der Dar- steller ganz deutscher Gesichtswerte: eine Verbindung, die nur sehr wenigen Meistern seiner Zeit gegliedert ist.

Die großen Namen der Akademie und was um sie versammelt ist, sind mit wenigen aber ausgezeichneten Stücken vertreten: Max Liebermann mit Porträts und Landschaften, von denen die „Allee in Sacrom“ zu seinen Meisterwerken zählt, licht und raum- beherrschend; Max Slovogi mit drei großen Bildnissen; Corinth mit Blumenstillleben und einem satirischen, jenseitigen, das Genie des Malers und des Dargestellten in helles Licht setzenden Porträt von Georg Brandes. Arthur Kampf wie Char- lotte Behrend brillieren mit weiblichen Akten, Orlik mit einem lebensgroßen Bildnis einer japanischen Schauspielerin, Plonke mit einer köstlichen „Anbetung“, Ulrich Hübner mit vornehmen stillen Wasserlandschaften. In solchen Darstellungen der Wirklichkeit, ohne Anspruch auf innerliche Phantasiegestaltung, zeigt sich das im guten Sinn Akademische der älteren Berliner Schule von seiner besten Seite.

Zwei Malerinnen schließen sich mit sympathischen Bildnis- leistungen an: A. v. Jhewitz mit einem anmutigen und reizend kolorierten Doppelfinderbild; Martel Schwichtenberg mit Porträts jüngerer Frauen, die das Scharmante dieser Erscheinungen und der heutigen Mode mit großem Geschmack ins Farbliche über- tragen, still klingend und reif.

Auch die jüngere Generation der Berliner bemüht sich — wenigstens in den hier ausgelegten Arbeiten — um Ausgleich, und Wohlklang. Jäckel ist nie so einwandfrei wie in derartigen Akten und Bildnissen, Köhner und Komad (dieser als Gast der Münchener Sezession) glänzend in Komposition und Schönartigkeit, Heckenroth, Parille, Ahlers-Hestermann (Wam- burg) farbig, lebendig, Lebenswert frisch in ihren Landschaften, die aus der jüngsten Bewegung die Kultur der reinen Farbe gerettet haben. Ihnen schließt sich die Landschaftsmalerin des bisher nur als Dichter und Kabarettist von seltenen Gaben bekannte Joachim Ringelmann an, dessen Empfinden sich in ganz zarten Land- schaftsbildern von hoher Grazie apart und entzückend manifestiert.

Weska nähert sich (hier) Hans Thoma, und Hans Heye- mann bleibt der liebenswürdige Regenbogenzauberer, der er immer war.

Wer am kommenden Sonntag in die Sächsishe Schweiz fährt — unter Benutzung der billigen Sonderzuggelegenheit der Reichs- bahn — sollte nicht veräumen, sich der freistündlichen Führung Wil- helm Bölsches anzuschließen. Der bekannte Naturwissenschaft- licher hat unter dem Titel „Erwanderte Deutsche Geologie, die Sächsishe Schweiz“ im Diez-Verlag ein Büchlein herausgebracht, das als Musterbeispiel dafür dienen kann, wie dem Elend der üblichen Reiseliteratur abzuhelfen ist. Bölsche führt seinen Wandererführer an die bekannten Punkte der Sächsischen Schweiz, zeigt ihnen die markanten Felsbildungen und entwickelt in fesselnder Plauderei die Geschichte des geologischen Werdens der Landschaft. Jahrmillionen ziehen vorüber, das Wirken und Wehen der Naturkräfte wird an der Besonderheit der Gesteine und an der Faltung des Bodens demonstriert. Wir sehen im Geiste die vulka- nischen Kräfte, die Urgletscher und die stärkste der Naturgewalten, den Regentropfen, arbeiten, schaffen, zerstören und wiederum schaffend arbeiten. Reizvolle zoologisch-philosophische Abswei- chungen erhöhen den Wert des im übrigen mit herrlichen photo- graphischen Aufnahmen geschmückten Büchleins. „Mit derselben Wucht“, heißt es da an einer Stelle, „mit der das Regenwasser den Stein in Jahraufenden zerprengt hat, zerprengt das unbefangene Denken den Berg der Vorurteile, in die der Mensch sich verwickelt hat. Wenn wir die Erde aufwärts fahren, diese Berge anschauen, dieses ganze Naturbild mit seiner zähen und doch so erfolgreichen Arbeit, — dann ertönt in uns der Ruf, daß, wie Goethe sagt, „Der Tag dem Eden endlich komme!“

Ehrentafel für die gefallenen Arbeiterjünger. Die Generalver- sammlung des Deutschen Arbeiterjüngerbundes in Erfurt 1924 be- schloß, den im Weltkrieg gefallenen deutschen Arbeiterjüngern eine Gedächtnistafel zu widmen. Als Ort der Anbringung wurde die Kirche des althistorischen Katharinenklosters in Nürnberg bestimmt, das in seinen Räumen das deutsche Sängermuseum birgt. Die feierliche Enthüllung wird zu Pfingsten erfolgen im Seltenschiff des eisenumrankten, zwischen alten Baulichkeiten vollkommen ver- steckt liegenden Gebäudes, das jetzt zu dem akustisch besten Konzert- saal Nürnbergs umgebaut ist.

Um diesem Akt der Pietät eine größere und würdige Um- rahmung zu geben, wird damit gleichzeitig das 10. Bayerische Ar- beiterjüngerbundesfest verknüpft. Die Einweihung selbst findet am Pfingstmontag statt.

Erkautführungen der Woche. Montag Staatsoper: „Der ferne Klang“. — Dienst. Schloßpark: „Moral“. — Mittw. Komödie „Lies- brauenmilch“. — Freit. Deutsches Th.: „Dr. Rood“. — Sonnab. Staatsop.: „Atheinische Rebellien“.

Zum Frühjahrsfest des Vereins Berliner Journalisten, der am kommen- den Sonntag, den 10. nach 5 Uhr, im Kaiserjubiläumssaal des Zoo- hofes, im Eintrittskarten für 50 Pf. zum Preis von 20 Pf. — im Bureau von Heyler & Schiller, Zoo-Adlerportal, zu haben.

Eine Ausstellung gebürtiger Künstler aus ganz Deutschland eröffnet die neue Landesausstellungsmannschaft in Schleswig. Anfang August. Porto- und Frachtkosten entstehen den gebürtigen Malern, Bildhauern, Bildhauern usw. nicht. Auskunft erteilt der Direktor der Landesausstellungsmannschaft: Laube.

Der Höfle-Standal.

Soll daraus ein Untersuchungsstandal werden?

Es ist hier bereits betont worden, daß die Sozialdemokratie keinen Anlaß hat, die Vermeidung der Landtagsauflösung durch die gestrige Abstimmung zu begründen. Inzwischen hat diese Wendung wenigstens den einen Vorteil gehabt, daß der Untersuchungsausschuß über den Höfle-Standal seine Arbeiten fortsetzen kann. Es wäre im höchsten Grade bedauerlich gewesen, wenn diese Untersuchung infolge eines Auseinandergehens des preussischen Parlaments im Sande verlaufen oder zumindest um mehrere Wochen unterbrochen worden wäre. Die „S. Z. am Mittag“ weiß jedoch zu berichten, daß der Ausschuß nur noch am Montag zwecks Beendigung der Vernehmung Dr. Thieses zusammentreten und sich dann für längere Zeit vertagen soll, weil zwei seiner Mitglieder verreisen müssen! Nach unseren eigenen Informationen ist in der Tat derartige geplant. Die beiden reisefähigen Mitglieder sollen sogar zwei Zentrumsabgeordnete sein, darunter ein Berichterstatter. Wenn schon die zwei Ausschußmitglieder unbedingt verreisen müssen, dann sollen sie sich vertreten lassen. Aber es würde zu einer völligen Diskreditierung des Parlaments führen, wenn man eine Untersuchung, die so himmelschreiende Zustände an den Tag gebracht hat und die sowieso kurz vor dem Abschluß steht, einfach auf mehrere Wochen hinaus unterbrechen würde, was in der Öffentlichkeit nicht anders ausgelegt werden könnte, als daß man sie, eben wegen ihrer gravierenden Ergebnisse, im Sande verlaufen lassen möchte.

In diesem Zusammenhang erscheint es sogar nötig, auf gewisse bedeutende Zusammenhänge hinzuweisen. Die beiden Abgeordneten, die durch ihr Verreisen die Vertagung des Untersuchungsausschusses herbeiführen würden, sind Fraktionsfreunde des Justizministers Am Zehnhoff, einer ist sogar als preussischer Richter dessen Untergebener.

Bei aller Wertschätzung der unantastbaren Persönlichkeit des jetzigen Justizministers muß hier gesagt werden, daß der Fall Höfle in die Hände in der preussischen Justiz enthält hat, die einfach nicht länger erträglich sind. Es mühte mit eisernem Wesen von oben bis unten ausgeführt werden und dazu gehört an die Spitze der Justizverwaltung eine energische Persönlichkeit, eine unverbrauchte Kraft. Der Justizminister Am Zehnhoff ist aber kürzlich sechzig Jahre alt geworden und ist seit mehreren Wochen, wie er kürzlich selbst hat mitteilen lassen, ernstlich erkrankt. Wer wollte mit gutem Gewissen die Frage positiv beantworten, daß er unter diesen Umständen in der Lage sei, jene dringend notwendige, ungeheuer schwierige Reinigungsarbeit in Angriff zu nehmen? Wenn wir recht unterrichtet sind, war diese Auffassung unmittelbar vor Höfles Tod gerade in den Reihen der Zentrumsparthei vielfach vertreten. Sollten die Reisepläne der beiden Zentrumsabgeordneten mit dieser durch die Ergebnisse der Untersuchung gestützten Erkenntnis zusammenhängen?

Wie dem auch sei, es muß auf alle Fälle verhindert werden, daß diese Vertagungsabsichten des Ausschusses verwirklicht werden. Es handelt sich dabei um eine Ehrenfrage für das preussische Parlament und um eine Gewissensfrage für die gesamte öffentliche Meinung. Es würde, rund heraus gesagt, eine Schande sein, wenn nach den Enthüllungen der letzten Tage über die Methoden der Staatsanwaltschaft und über die Praktiken der Gerichtsärzte keine ausreichende Sühne die Schuldigen treffen würde. Es ist schon traurig genug, daß man mit einiger Berechtigung die Frage aufwerfen darf; wenn nicht der frühere Reichspostminister Höfle, sondern der Arbeiter Schuler oder Müller auf diese Art zugrunde gerichtet worden wäre, wer hätte sich jemals darum gekümmert, wäre überhaupt ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß zusammengetreten? Und wieviele unbekannte Menschen mögen schon früher diesen Methoden zum Opfer gefallen sein, ohne daß man jemals etwas davon erfahren hat?

Der tragische Tod Höfles hat nun wenigstens das eine Gute gehabt, die Dinge ins Rollen zu bringen. Würde man die Untersuchung plötzlich wieder abstoppen, dann hätte sie möglicherweise nur folgendes konkretes Ergebnis: dann würde man Sanktionen nicht etwa gegen die Staatsanwälte, Untersuchungsrichter und Gerichtsärzte ergreifen, sondern gegen die Pfleger, die sich zwar über ihre Pflicht hinaus für den sterbenden Höfle aufgeopfert haben, die aber durch ihre eiblichen Bekundungen im Ausschuß die wahren Schuldigen schwer belastet haben! Gewisse Fragen, die das deutsche nationale Ausschußmitglied Dr. Quast-Faslem am Donnerstag an den Pfleger Fahl richtete, liegen nun allzu deutlich die Absicht erkennen, den Speiß nach dieser Richtung hin umzudrehen.

In jedem anderen Kulturstaate würde nach einem Fall Höfle feiner der Kompromittierten, weder die Staatsanwälte Linde und Belzer, noch der Untersuchungsrichter Rothmann, noch die Gerichtsärzte Thiele und Störmer auch nur eine Stunde länger im Amte verweilen dürfen. In Frankreich würden die Schuldigen an einem solchen Ereignis glatt verhaftet werden, und zwar schon wegen der Verdunkelungsgefahr während der parlamentarischen Untersuchung.

Und in Deutschland?

Etatsberatung im Reichstag.

Gaushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Der Reichstag begann seine heutige Sitzung um 12¼ Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums in Verbindung mit der Beratung der Anträge des Ausschusses über Handwerker- und Mittelstandsfragen. Den Ausschußbericht gibt Abg. Dr. Wienbeck (Dnat.) Es wird beantragt, die Regierung um die Vorlage eines Beschlusses über die Berufsorganisation des Handwerks aufzufordern. Ferner sollen die Preistreiberordnungen auf ihre Aufhebungsmöglichkeit überprüft werden. Es werden weiter gefordert die Reuregelung des Verdienstwesens und die Berücksichtigung des Handwerks bei der Vergabe von Arbeiten, neuerliche Maßnahmen zugunsten des gewerblichen Mittelstandes, Schutz gegen das Rabotismus und den untauglichen Wettbewerb, Beteiligung an den Verhandlungen über die Sachlieferungen und an den Handelsvertragsverhandlungen. Der Berichterstatter sprach den Wunsch aus, daß die Regierung den Ausschußanträgen beitrifft.

Als nächster Redner betonte der Abg. Renzel (Dnat.) das warme Herz seiner Partei für den Mittelstand. Man ist es gewöhnt, daß die Deutschen mit Worten, insbesondere vor Wahlen, sich der weniger leistungsfähigen Kreise unseres Volkes annehmen, in der politischen Praxis aber vertreten sie, wie gerade jetzt bei der Aufmerksamkeitsfrage und bei den Steuervorlagen, die Interessen des Großbürgers.

In Westfalen ist jetzt nach dem Bosener Pausinum, den Krankenhäusern in Gnesen und Bojanowo das Kranken- und Siechenhaus des deutschen Frauenvereins in Ofche enteignet worden. Es sollen 6600 Mark (etwa 6000 M.) Entschädigung gezahlt werden; der Bau hatte seinerzeit 26 000 Goldmark gekostet.

Der Deutsche Rundflug 1925.

Am ersten Pfingstfeiertag wird der „Deutsche Rundflug 1925“, den der Deutsche Aeroklub veranstaltet, beginnen. Mehr als 90 Flugzeuge haben sich zur Teilnahme an diesem Wettbewerb gemeldet. Die Flugzeuge sind in drei Klassen eingeteilt und zwar Klasse A bis 40 PS einschließlich, Klasse B bis 80 PS und Klasse C bis 120 PS einschließlich. Diese drei Klassen werden durch besondere Färbung des Leitwerks, d. h. der Steuerflächen, kenntlich sein. Klasse A wird weiß, B blau und C rote Farbe führen.

Der Start zu diesen Wettbewerben, die vom 31. Mai bis 9. Juni dauern, wird vom Tempelhofer Feld ausgehen. Der Flug wird in fünf Schleißen durchgeführt, die ihren Anfang und ihr Ende in Berlin haben. An jedem 2. Tag, also am 31. Mai, am 2. Juni und 4. Juni usw. wird um 4 Uhr morgens auf dem Tempelhofer Feld eine Flugzeugstaffel aufsteigen. Diese frühe Zeit mußte gewählt werden, da sie für den Aufstieg außerordentlich günstig ist und die tägliche Flugmöglichkeit verlängert, insbesondere, wenn man bedenkt, daß eine tägliche Durchschnittsflugdauer von 10 bis 12 Stunden angesetzt ist. Der Wettbewerb verfolgt das Ziel, die Flugzeuge auf ihre Dauerhaftigkeit und Leistungsfähigkeit zu erproben. Es werden daher von jedem Flieger Strecken von 1000 bis 1200 Kilometer zurückzulegen sein. Die Flugzeuge werden fast alle größeren Städte Deutschlands überfliegen und in vielen dieser Städte niederfliegen, da ziemlich erhebliche Preise für diejenigen ausgesetzt sind, die freiwillige Landungen unter gewissen Bedingungen vornehmen. Sieger in dem Wettbewerb ist derjenige, der die kürzeste Zeit für die Zurücklegung der ganzen Strecke benötigte. Bei Streifungen entscheidet die Motorstärke. Der Flug wird sich wahrscheinlich so abwickeln, daß die Teilnehmer zunächst versuchen werden, ohne zeitraubende Zwischenlandungen den ersten Preis zu erobern. Wenn die ins Hinterreffen gelangenden erkennen, daß für sie der erste Preis unerreichbar ist, werden sie versuchen, durch Zwischenlandung in den größeren Städten die von diesen ausgesetzten Preise zu erhalten. Die deutschen Wetterbeobachtungsstellen werden dafür sorgen, daß den Fliegern die für sie notwendigen Wettermeldungen sofort nach ihren Landungen ausgehändigt werden. In ganz Deutschland werden Schupo und Reichswehr und freiwillige Helfer den Fliegern Helferdienste leisten, sobald sie in Not gekommen sein sollten. Schupo und Reichswehr wird sich natürlich in Berlin selbst entwickeln.

Die Flugleitung rechnet mit einem ungeheuren Andrang zum Flughafen Tempelhofer Feld. Sie hat sich daher bereits mit den Berliner Verkehrsvereinigungen in Verbindung gesetzt, um sie zu veranlassen, durch stärkere Wagengestellung den Anforderungen gerecht zu werden. In den Zeiten schwachen Flugbetriebes sollen auf dem Tempelhofer Feld Schau- und Geschicklichkeitsflüge ausgeführt werden. Und endlich soll Platzmuff für das Verbleiben einer guten Stimmung sorgen. Der Flughafen Tempelhofer Feld ist allerdings nur provisorisch für die Aufnahme der zu erwartenden Zuschauermengen eingerichtet, da er ursprünglich nur als Verkehrsflughafen gedacht ist. Bieleicht ist diese Veranstaltung der Anlaß, hier eine Aenderung einzutreten zu lassen, so daß der Zentralflughafen Berlins mit der Zeit zu einer Art Universitätsflughafen wird, der auch für die Veranstaltung flugsportlicher Wettbewerbe in jeder Hinsicht geeignet ist. Man darf vom rein technischen Standpunkt aus die Ergebnisse dieses Wettbewerbes mit Spannung erwarten. Sie werden zeigen, was Deutschland im Flugzeugbau zu leisten vermochte.

Die Warenlotterie der Arbeiterwohlfahrt.

Auszug aus der Gewinnliste.

Gemäß unserer Ankündigung veröffentlichen wir untenstehend einen weiteren Teil der Hauptgewinne unserer Arbeiterwohlfahrtslotterie. In der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ werden wir den Rest der Losnummern, auf die die ersten 45 Gewinne entfallen sind, bekanntgeben.

Losnummer	Gewinn	Losnummer	Gewinn
180 984	1	981 278	21
395 493	2	203 161	22
994 643	3	853 683	23
433 614	4	645 472	24
106 991	5	863 892	25
603 102	6	757 183	26
201 776	7	738 459	27
327 048	8	909 726	28
270 102	9	779 452	29
985 637	10	689 486	30
486 945	11	807 475	31
787 959	12	008 716	32
340 568	13	574 791	33
537 885	14	770 505	34
511 263	15	783 170	35
113 601	16	041 780	36
953 210	17	411 166	38
703 113	18	778 418	39
374 666	19	339 309	40
001 753	20	686 205	41
994 817	42	097 073	43
801 192	44	266 659	45

Die ausführliche Gewinnliste ist ab Dienstag, den 12. Mai, in sämtlichen Losverkaufsstellen erhältlich. Preis 10 Pf.

Ein Ehedrama.

Schiegerlöcher und Schwiegermutter.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I hatte sich heute die Ehefrau Elisabeth Pieper wegen Totschlages an ihrer Schwiegermutter, der 66jährigen Wilhelmine Straßer, zu verantworten. Die Bluttat, die am 22. Dezember a. J. in der Wohnung der Frau Straßer, Reichenberger Straße 64, verübt worden ist, bildete den Abschluß einer kurzen und sehr unglücklichen Ehe, in der nach den Angaben der Angeklagten die Schwiegermutter den Störenfried gebildet haben soll.

Die Angeklagte hatte auf eine Heiratsannonce den Eisenbahnarbeiter Pieper kennengelernt und den 1½ Jahre jüngeren Mann im Juni geheiratet. Das Ehepaar wohnte bei der Mutter des Pieper, der Frau Straßer, die auch die Hauswirtschaft besorgte. Die Ehe gestaltete sich sehr unglücklich. Die Schuld soll, wie behauptet wird, zu einem großen Teil bei der Angeklagten gelegen haben, weil sie sehr nervös und hysterisch war. Zwischen den beiden Frauen kam es bald zu Zwistigkeiten, die auch darin ihre Ursache hatten, daß die Schwiegermutter sich darüber ärgerte, daß die Angeklagte ihren Arbeitsverdienst als Wäilerin für sich behielt. Die Zwistigkeiten spitzten sich kurz vor Weihnachten derartig zu, daß Pieper sich scheiden lassen wollte. Es kam am Tage vor der Tat zu heftigen Streitigkeiten. Am Montag, dem 22. Dezember, war Pieper morgens zur Arbeit gegangen. Bald hörten Hausbewohner Hilferufe der alten Frau, die unter anderem rief: „Isbeth, ich bind doch so alt, laß mich doch leben!“ Auf Klopfen und Klingeln wurde nicht geantwortet und als dann in der Wohnung Stille eintrat, wurde die Postei geholt, die gewaltsam einbrach. Man fand im Boderzimmer auf dem Fußboden die Leiche der alten Frau. Der Schädel war mehrfach eingeschlagen, daneben lag ein blutbesetztes Beil. Die Angeklagte

selbst wurde, mit einem Gas Schlauch im Munde, bewußtlos aufgefunden. Die Wiederbelebungsvoruche im Krankenhause waren aber mit Erfolg gekrönt. — Die Angeklagte ist auf Veranlassung von R. A. Dr. S. Aron von einer Reihe von Gerichtsärzten und in der Irrenanstalt auf ihren Geisteszustand beobachtet worden. An ihrer Zurechnungsfähigkeit besteht kein Zweifel, jedoch hat die Anklage mit Rücksicht auf ihre Erregbarkeit nicht angenommen, daß sie die Tötung mit Ueberlegung ausgeführt hätte.

Frau Pieper steht im 35. Lebensjahre. Unter Tränen schildert sie ihre Ehe. Dieser Teil der Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Mitteilung, daß ihr Mann sich scheiden lassen wolle, habe sie furchtbar erregt. Nach dem Fortgange des Mannes sei es an dem Morgen wieder zu einer heftigen Szene gekommen. Die Schwiegermutter habe ihr böse Worte ins Gesicht geschleudert und sie hätten sich gegenseitig an den Haaren gepackt. In ihrer sinnlosen Wut habe sie das Beil ergriffen und blindlings darauf losgeschlagen. Was dann geschah, wisse sie nicht. Sie sei erst wieder zur Besinnung gekommen, als sie auf der Leiche lag und das Blut sah; dann habe sie Betten geholt und den Kopf der Toten bedeckt. In der Absicht, sich selbst das Leben zu nehmen, sei sie in die Küche gegangen und habe den Gas Schlauch in den Mund gesteckt. Erst im Krankenhause sei sie wieder zur Besinnung gekommen.

Ankunft der rheinischen Sänger.

Die unter der Devise „1000 Jahre Rheinland“ laufenden Veranstaltungen des Rainer Männergesangsvereins nahmen heute vormittag mit einer kurzen Begrüßung der ankommenden Gäste am Potsdamer Bahnhof ihren Anfang. Der Reichsverband der Rheinländer und der Berliner Sängerbund hatten ihre Mitglieder versammelt, um die Gäste aus dem besetzten Rheinland würdig zu empfangen. Eine große Anzahl Reugieriger hatte sich eingefunden, als der D-Zug Köln-Berlin fahrplanmäßig eintraf. Die Begrüßung selbst dauerte nur wenige Minuten. Nach einer kurzen herzlichen Ansprache seitens der Berliner Freunde brachte der Rainer Männergesangsverein zwei Rheinlieder zu Gehör. Heute abend beginnen die Festveranstaltungen mit einem Konzert in der Philharmonie.

Ein Gebäude durch Blühschlag vernichtet.

Beim gestrigen Nachmittagsgewitter schlug in Rüggeheim gegen 6 Uhr der Blitz in das Stallgebäude des Landwirts Wilhelm Himm. Der Stall brannte vollständig nieder. Das Feuer wurde durch die Rüggeheimer Feuerwehr gelöscht.

Vier Kinder verbrannt.

Die Eltern als Brandstifter?

In Acquafredda ereignete sich nach einer Meidung aus Rom ein schweres Brandunglück, bei dem 4 Kinder allein und unbewacht in einem abgelegenen Hause eingeschlossen blieben, das nach Mitternacht Feuer fing und bis auf die Grundmauern niederbrannte. Die vier schlafenden Kinder sind bei lebendigem Leibe verbrannt. Die Eltern kehrten erst am anderen Morgen aus dem nächsten Dorfe zurück. Da die Behörden Brandstiftung durch die eigenen Eltern vermuten, sind diese verhaftet worden.

Großfeuer in Neuhaldensleben.

Die Mitteldeutsche Lederfabrik G. m. b. H. in Neuhaldensleben ist vollständig niedergebrannt, ebenso ein daneben gelegenes Wohnhaus.

5 Bergleute durch schlagende Wetter getötet.

Nach einer Meldung aus Brüssel sind in der Nähe von Charlesrol in einer Grube schlagende Wetter aufgetreten, wodurch 5 Arbeiter getötet und 6 schwer verletzt wurden.

Erdbeben und Schnee in Italien.

Nach einer Meldung aus Rom wurde in Capo Fiorantino ein Erdstöß verspürt, der eine starke Panik, aber keinen Schaden anrichtete. In anderen Orten Toskanas wurde nachts um 12 Uhr 5 Min. ein Erdstöß verzeichnet, dem mehrere schwächere Stöße folgten. Das Beben um 5 Uhr 8 Min. wurde mit einem starken Stoß beendet. — Aus den Bergen von Ravara werden Schneefälle gemeldet und eine starke Temperatursenkung, die den Weingärten großen Schaden zufügt.

Rückflug des „Los Angeles“ nach Latechurfi.

Nach einer Meldung aus San Juan (Portoriko), ist die Los Angeles wieder nach Latechurfi aufgestiegen.

Ein japanischer Dampfer untergegangen.

Wie aus Tokio gemeldet wird, ist der japanische Dampfer „Toko Maru“ auf der Fahrt von Shanghai nach Yokohama in einem Taifun untergegangen. Es wird damit gerechnet, daß die gesamte, etwa 100 Mann starke, Besatzung ertrunken ist.

Sport.

Breitensträter — van der Beer unentschieden.

Der gestrige und damit zugleich letzte Vorkampfabend dieser Saison hatte den Sportpalast wieder bis auf den letzten Platz gefüllt. Wenn auch die Paarung der Kämpfer viel versprach, war der gezeigte Sport nicht von Bedeutung. Der Kampf Breitensträter gegen den rüstigen holländischen Schwergewichtsmeister van der Beer zeigte in allen Runden das gleiche Bild. Körperlich mit einem Uebergewicht von 28 Pfund war der Holländer im Vorteil und nur durch ständige Angriffe gelang es Breitensträter, den Holländer am Entfallen seines Könnens zu hindern. Das Resultat des 12-Runden-Kampfes war unentschieden. Ebenso endete des 10-Runden-Treffens der beiden Landes-Schwergewichtsmeister Brunier, Frankreich und des Berliner Ernst Grimm, letzterer stieg in sehr guter Form in den Ring. Der Franzose, ein guter Nahkämpfer, konnte es aber nach hartem Kampf nicht über ein unentschieden bringen. Als nächstes Paar trugen Diekmann und Segward, Holland die Handshake. Der Holländer mußte hier die Ueberlegenheit Diekmanns anerkennen und diesem nach 8 Runden den Punktsieg überlassen. Das 8-Runden-Treffens der Federgewichte Edu Schmidt gegen Axel Kvist, Schweden endete nach technisch gutem Kampf mit dem Punktsieg für Schmidt. Kvist rettete in der letzten Runde nur der Gong vor dem Niederschlag. Im Einleitungskampf wurde Schade nach 4 Runden über Petermann Punktsieger. Ringrichter war Kurt Doerr.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Kassierer!

Mit dem 31. Mai d. J. verlieren die 50-Rentenmark-Scheine vom 1. November 1923 ihre Gültigkeit. Die 20-Billionen-Scheine vom 5. Februar 1924, die 10-Billionen-Scheine vom 1. Februar 1924 und die 5-Billionen-Scheine vom 15. März 1924 gelten ebenfalls nur bis zum 31. Mai d. J. — Es ist deshalb notwendig, daß sich die Kassierer dieser Scheine rechtzeitig entledigen.

Außerdem wird um Einfindung der fälligen Abschlagszahlungen dringend gebeten.

J. A.: Alex Pagels.

24. Bd. Die für heute, Sonnabend, angelegte Flugbahn des Luftschiffes ist am Sonntag um 10 Uhr bei Wasser, Ammoniumchlorid, fest.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Gebalstraße 57/58. Hof 2 Nr. 1. Am Sonntag, 17. Mai, 10 Uhr, Reichsbanner-Versammlung, Redebühne, Sonntag, am 10. und 11. Mai, 10 Uhr, Reichsbanner-Versammlung, Redebühne, Refektorium, Sonntag, am 11. Mai, 10 Uhr, Reichsbanner-Versammlung, Redebühne, Refektorium, Sonntag, am 11. Mai, 10 Uhr, Reichsbanner-Versammlung, Redebühne, Refektorium.

